

Friedenskundgebung in St. Gallen



Trotz Corona-Einschränkungen eindruckliche Kundgebung zum UNO-Friedenstag

Bereits zum siebten Mal hat in St. Gallen eine Kundgebung zum UNO-Friedenstag stattgefunden. Trotz Beschränkungen und auch Ängste infolge der Corona-Pandemie kamen rund 150 Leute zusammen, die vom Bahnhof durch die Altstadt auf den Paul-Grüninger-Platz zogen. Dort gab es zum Auftakt eine Aufführung des Theater Thespis, das eindrücklich die Fremdenfeindlichkeit an den Pranger stellte und Auswege skizzierte.

Mit öffentlichem Druck die Ostschweizer Politik mitgestalten

Ständerat Paul Rechsteiner schlug einen grossen Bogen von der Flüchtlingspolitik bis zur Klimakatastrophe. Er erinnerte daran, dass bis 1914 in Europa die Personenfreizügigkeit eine Selbstverständlichkeit war und beispielsweise Albert Einstein in 5 Jahren Schweizer geworden war. Bei der Abstimmung am kommenden Wochenende gehe es um eine fundamentale Weichenstellung und wir müssten dafür sorgen, dass die Hetzer von rechts ihre dritte Niederlage erleben, nach der "Durchsetzungsinitiative" 2016 und der Initiative gegen die Menschenrechtskonvention 2018. Die Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg bildete den absoluten Tiefpunkt in der Schweizer Geschichte. Aber auch heute steht wieder maximaler Egoismus contra Solidarität. Nicht mehr als 20 jugendliche Flüchtlinge aus Moria sollen in die Schweiz kommen können – weil Bern dazu Nein sagt. Aber wenn die Ostschweizer Kantone dafür einstehen würden, könnte diese Zahl deutlich erhöht werden. Dafür müssten wir Druck machen. Es sei an der Zeit, dass es wieder eine Offensive für mehr Rechte gebe. In den Abstimmungen Ende November gehe es um die Stellung der Schweiz in der Welt – mit der Konzernverantwortungsinitiative, für die auch Bischof Markus Büchel einsteht. In St. Gallen hätten wir also allen Grund, die Abstimmungskampagne offensiv zu führen. Und sollten die andere Initiative – zur Rüstungsfinanzierung – nicht vergessen, wo es auch um Verantwortlichkeit und Zukunftsperspektiven für unser Land gehe. Dasselbe gelte beim Kampf gegen die Klimazerstörung, wo es sich beim CO2-Gesetz gezeigt habe, dass sich der Wille zu handeln durch die eidgenössischen Wahlen geändert habe. Beim Klimawandel gehe es um weltweite Bedrohungen, die auch auf globaler Ebene angegangen werden müssten. Wenn es die UNO nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Und sie müsse gestärkt werden gegen die Welle des Hypernationalismus, von Trump über Putin, Erdogan bis zu Duda in Polen. Da brauche es eine Wende, weltweit, in Europa aber auch in der Schweiz. Allen voran müssten die Städte zu Stätten des Fortschritts werden – das gelte auch für St. Gallen.

Rassismus steckt tief in uns, kann aber überwunden werden

Chika Uzor, Seelsorger für Flüchtlinge und Migranten in der Pfarrei St. Othmar, ging in seinem Votum zum Thema Rassismus von seinen persönlichen Erfahrungen aus und leitete dann über zu den Erscheinungsformen von Rassismus, der sich nicht immer in offener Gewalt äussere wie im Fall der kaltblütigen Ermordung von George Floyd und vielen anderen Afro-Amerikanern in den USA, sondern verstecke sich auch in tief verwurzelten unreflektierten Denkmustern, Einstellungen und Vorurteilen. Er führte das Beispiel an von Menschen heller Hautfarbe, die davon überzeugt seien, dass es eine biologische Verschiedenartigkeit der Menschen, d.h. menschliche "Rassen" gebe und sie glaubten, dass sie als "Weisse" höherwertig und alle anderen minderwertig seien. Die schlimmste Auswirkung dieses Denkmusters war im Nationalsozialismus die Einstufung ihrer Opfer als «Untermenschen», um seine Gräueltaten zu rechtfertigen. Obwohl diese Art zu denken aufgegeben zu sein scheine, geistere Rassismus heute subtiler und versteckter in den Vorstellungen vieler hellhäutiger Menschen umher. Seine radikalen Folgen zeigten sich etwa darin, wenn beim Anblick von Menschen mit dunkler Hautfarbe oder mit Migrationshintergrund sofort unbewusst die Vorstellung aufkomme, diese seien minderwertig, unfähig oder gar gefährlich. Wenn solche Kinder in der Schule für weniger begabt gehalten würden, habe dies fatale Folgen für ihre Entwicklung aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Abschliessend hob Chika Uzor hervor, was am wichtigsten im Umgang mit Rassismus sei; erstens anzuerkennen, dass Rassismus existiert – auch in der Schweiz. Weil nur Betroffene ExpertInnen in der Frage sind, müsse die Diskussion über Rassismus mit ihnen und nicht über sie geführt werden und ihre Erfahrungen sollten ernst genommen werden. Menschen dunkler Hautfarbe sollten nicht mehr als Bedrohung angesehen werden. Und über Rassismus sollte in der Öffentlichkeit gesprochen und diskutiert werden. Diese Diskussionen sollten zur Erkenntnis führen, dass Rassismus nicht angeboren, sondern anerzogen ist – und durch ein anderes Verhalten abgeschafft werden kann.

Aufschrei gegen die Kriegsverbrechen der Türkei

Eine Vertreterin der KurdInnen rief die Kriegsverbrechen der Türkei in Erinnerung: Die Vertreibung der Menschen aus den Bergdörfern, die Zerstörung und das Niederbrennen von Häusern, die Bombardierung von Tieren und landwirtschaftlichen Flächen, die tödlichen Angriffe durch die türkische Armee und die mit ihr verbündeten Dschihadisten, bei denen sie keinen Unterschied zwischen GuerillakämpferInnen und kleinen Kindern machten. Am Donnerstag habe die UNO bestätigt, dass das türkische Militär und die mit ihm verbündeten Dschihadisten Kriegsverbrechen in Syrien begangen hätten, zum Beispiel Massenhinrichtungen, tödliche Angriffe auf Zivilpersonen, JournalistInnen und Sanitätspersonal, aber auch Misshandlungen und Entführungen. Unverständlich sei es, dass die Schweiz der Türkei in 16 Jahren Kriegsmaterial für rund 26 Millionen Franken geliefert habe, obwohl Präsident Erdogan der Schweiz auch schon gedroht habe. Sie gemahnte an die Kampagne der türkischen Jugendbewegung «Bi hev re Serhildan» – auf deutsch: Gemeinsam zum Aufstand. Gefordert werden wirtschaftliche Sanktionen gegen die Türkei und ihre Verurteilung. Die internationale Gemeinschaft solle ihre Stimme gegen die rassistische Politik der türkischen Regierung erheben.

Klimagerechtigkeit braucht eine gerechte Gesellschaft

Den Abschluss der Reden machte Miriam Rizvi von der Klimastreikbewegung und Mitglied der JUSO. Sie betonte einleitend, es sei keine Verschwörungstheorie sondern eine Tatsache, dass Gletscher verschwunden seien, Brände wüteten und Menschen fliehen müssten. Die Klimakrise existiere und erfordere sofortiges Handeln. Kein Rettung bringe jedoch eine grüne

kapitalistische Wirtschaft, wozu die HSG seit 2013 ein Symposium veranstalte. Das Klima lasse sich jedoch nicht täuschen. Es erfordere Klimagerechtigkeit – ein unverzichtbarer Kampf um die Zukunft. Basierend auf den Werten der Solidarität werde die Klimagerechtigkeit die Bedürfnisse derer, die keine Stimme haben, in die Entscheidung einführen, was als nächstes zu tun sei. Es gehe um Solidarität mit den Flüchtlingen auf der ganzen Welt, die vor allem aus Regionen kommen, die drastisch unter der Klimakrise leiden – vor allem rund um den Äquator. Schon heute sei ein Prozent der Weltbevölkerung durch die Klimakrise vertrieben. Und trotz der schmutzigen Kolonialgeschichte und anhaltender wirtschaftlicher Ausbeutung leugne der reiche Norden seine Verantwortung und seinen Beitrag zur Klimakrise. Europa habe eine physische und rechtliche Grenze rund um sich errichtet und bezahle ausländisches Militär für das Schiessen auf Flüchtlingsboote im Mittelmeer und ihre Kaperung. Die offizielle Politik schaue weg, wenn Erdogans faschistisches Regime in der Türkei brutale Angriffe auf Rojava und das kurdische Volk verübe. Dies weil Erdogan Druckmittel gegen Europa habe, die Flüchtlinge, die er als Geiseln hält, an die EU-Grenzen jagen könne, wie wir anfangs Jahr gesehen hätten. Moria, das brandaktuelle Beispiel für Europas Flüchtlingsversagen, werde mit jedem Tag beschämender. Mit welcher Logik beschliesse eines der reichsten Länder der Welt, 20 Kinder aufzunehmen? Und einzig finanzielle Mittel spenden zu wollen für den Bau eines neuen Lagers in Lesbos? Klimagerechtigkeit bedeute, Flüchtlinge nicht ausserhalb der Festung Europa verrotten zu lassen, die sofortige Evakuierung aller Asylbewerberlager und konkrete Massnahmen, um den Asylprozess hier in der Schweiz zu verbessern. Klimagerechtigkeit brauche eine Gesellschaft, die auf einer solidarischen Basis funktioniere.

Das Theater Thespis war nicht der einzige kulturelle Beitrag zur Friedenstag-Kundgebung. Diese wurde auch begleitet von musikalischen Beiträgen von Café Deseado mit Martin Amstutz und Stefan Gschwend, sowie von Simon Hotz mit Liederbeiträgen. Und die Spendensammlung für Moria hat den erfreulichen Betrag von gut 800 Franken ergeben, die von den Organisatoren auf 1000 Franken aufgerundet wird.